Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 18. Januar 1921 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 7

Erfordernisse auf tariflichem Gebiete

(2. Fortsetzung)

Der neue Tarif in Heftform gelangt nunmehr zum Versand durch das Tarifamt. Er kostet 2 Mk. bei portofreier Zustellung. Der Tarif von 1912 hatte in Heftform einen Preis von 25 Pf., gebunden von 50 Pf., das Porto mußte aber der Besteller selbst tragen. Im Format sind sich beide Ausgaben gleich. Der Umfang war im Jahre 1912 104 Seiten, er ist jetzt 94 Seiten, wobei noch der Hilfsarbeitertarif Aufnahme gefunden hat. Der eigentliche Tarif umfaßt jetzt 54½ Seiten, bei dem Tarif von 1912 waren es 80 Seiten; allerdings gehörten hierzu auch 11½ Seiten Ortsklassenverzeichnis bei den Lokalzuschlägen, das in dem Tarif von 1921 noch fehlt. In dem diesmaligen Anhange sind auch 1½ Seiten Auslegungen oder Feststellungen des Tarifausschusses aus den jüngsten Verhandlungen aufgeführt (S. 79 und 80). Inhalt und Sachregister nehmen in dem neuen Tarif 8 Seiten ein, 1912 waren es 6; es wird so das Zurechtfinden noch mehr erleichtert.

Der dem „Korr." vom 30. November beigelegte Rohabdruck des neuen Tarifs kann selbstverständlich nicht für den dauernden Gebrauch genügen. Es muß also ein jeder Kollege im Besitze des neuen Tarifs in Heftform sein. Die Vorstände oder die Vertrauensmänner in den ganz kleinen Druckorten werden es sich gewiß angelegen sein lassen, vom Tarifamte die erforderliche Anzahl von Tarifen zu beziehen und bei den Kollegen auf Anschaffung hinwirken. Wir haben in dem ersten Artikel dieser Abhandlung schon betont, daß die Kenntnis des neuen Tarifs für jeden Kollegen sehr notwendig ist.

* * *

Die noch offene Regelung der Lokalzuschläge gehört mit zu den Erfordernissen, über die hier gesprochen werden soll. Im § 9, der im neuen Tarif von den Lokalzuschlägen handelt, heißt es, daß zum Ausgleiche der Unterschiede in der Lebenshaltung die Druckorte durch eine vom Tarifausschusse beauftragte Kommission in Anlehnung an das neue Ortsklassenverzeichnis gemäß Reichsbesoldungsgesetz vom 30. April 1920 in Klassen eingeteilt werden sollen, für welche bestimmte Lokalzuschläge festgesetzt werden. Bis dahin haben die alten Lokalzuschläge zu gelten. Für die Ortsklasseneinteilung soll dann ein besonderes Verzeichnis maßgebend sein.

Der Tarifausschuß war gezwungen, diesen gewiß wichtigen Teil des Tarifs insoweit offen zu lassen, als er die Ortsklasseneinteilung betrifft. Im Prinzip beschloß er jedoch, die Einreihung der Druckorte nach der amtlichen Einteilung vorzunehmen. Man durfte annehmen, daß dies noch im Laufe des Dezembers erfolgen könne, weil am 15. Oktober v. J. das Tarifamt vom Reichsfinanzministerium die Mitteilung erhalten hatte, die Feststellung der Ortsklasseneinteilung sei keinesfalls vor Ende November zu erwarten. Da nun diese Regierungsstelle mit ihrer Arbeit doch nicht fertig geworden ist, konnte auch der für die Einreihung der Druckorte nach der amtlichen Ortsklasseneinteilung vorgesehene vereinfachte Tarifausschuß im Dezember nicht zusammentreten. Er hätte sonst weiter nichts tun können, als sich sogleich wieder zu vertagen; es würden also durch die Reise nach Berlin und einen auch nur kurzen Aufenthalt dort ganz zwecklos beträchtliche Kosten entstanden sein.

Kollege Schliebs hat in seinem am 25. Dezember erschienenen Artikel „Zur Tarifdurchführung" tatsachengemäß auf diese Verzögerung hingewiesen und von der neuerdings beim Reichsfinanzministerium eingeholten Auskunft Kenntnis gegeben, wonach die Zustellung der neuen Ortsliste an den darüber erst beschließenden Reichstag gegen Ende des ersten Vierteljahrs 1921 zu erwarten wäre, weshalb der Tarifausschuß die noch offene Angelegenheit weiter vertagen müsse.

Kollege Johannsen (Altersen) hat in Nr. 5 nun unbeschadet dieser Schliebs'schen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß dem nicht so sei. Unsre Instanzen müßten doch wissen, daß die Beamten neue Teuerungszulagen erhalten hätten, die angekündigte Ortsklasseneinteilung werde also nicht mehr herauskommen und folglich könnte auch bei uns eine solche Neueinteilung nicht erfolgen.

Nicht, weil wir die so sicher klingende Behauptung des Kollegen Johannsen als Widerlegung des Kollegen Schliebs ansahen, oder daß wir unsre Instanzen nach seiner peremtorischen Erklärung als schlecht unterrichtet wähnten, sondern um ihn und andre zur Vorsicht zu mahnen bei öffentlich aufgestellten Behauptungen, haben wir uns nochmals beim Geschäftsführer des Tarifamts über den Stand der Dinge hier erkundigt. Wir erhielten zur Antwort, daß der zuständige Regierungsrat dem Tarifamt in der bestimmtesten Form erklärt habe, die Arbeiten seien außerordentlich schwierig, es wäre erst der die größeren Orte betreffende Teil der neuen Ortsliste fertiggestellt, voraussichtlich werde die ganze Ausarbeitung im ersten Quartal fertig und dann gelange sie an den Reichstag zur Beschlußfassung. Daß keine Rede davon sein kann, wie Kollege Johannsen meint, durch die Gewährung neuer Teuerungszulagen nach der amtlichen Ortsklasseneinteilung an Beamte und Staatsarbeiter hätte sich die neue Ortsliste erübrigt, geht auch aus einer in der vergangenen Woche von dem sächsischen unabhängigen Innenminister Lipinski im Landtag abgegebenen Erklärung hervor, Sachsen habe der Reichsregierung für die Neuaufstellung der Ortsklasseneinteilung noch bestimmte Vorschläge gemacht. Am 13. Januar brachte dann das „Leipziger Tageblatt" eine Notiz, worin nachgewiesen wird, wie ungerecht der gegenwärtige Zustand für die Eisenbahner sei, indem z. B. der eine (preußische) Leipziger Zentralgüterbahnhof (Wahren) mit seiner starken Eisenbahnerbevölkerung noch zur Ortsklasse D zähle, während er nach den ganzen Verhältnissen in A kommen müsse, d. h. zu Leipzig, das auch erst in die Klasse A aufrücken soll. Es heißt dann, da zur Zeit die Regierungen und Parlamente mit einer neuen Ortsklasseneinteilung für die Beamtenbesoldung beschäftigt seien, müßten hierbei solche starke Ungleichheiten beseitigt werden.

Die Sache ist also in Fluß. Wo für die Beamten neue Teuerungszulagen nach der Ortsklasseneinteilung eingeführt werden, erfolgen sie noch nach der alten. Die eigentliche Beamtenbesoldung wird aber erst nach der neuen Ortsliste geregelt werden, und da diese aus den von dem Reichsfinanzministerium hervorgehobenen Schwierigkeiten immer noch nicht fertiggestellt ist — man wird trotz Würdigung aller Umstände doch sagen müssen, daß der amtliche Apparat zu langsam arbeitet —, so kann in der Festsetzung der Beamtenbesoldung erst halbe Arbeit gemacht werden. Die schon lange im Gange befindliche Eisenbahnerbewegung wird aber hoffentlich nun einen Druck zur Beschleunigung ausüben.

Für uns Buchdrucker ergibt sich mit dem neuen Tarif daraus eine Zwangslage, an der jedoch niemand aus unserm Gewerbe die Schuld beigemessen werden kann. Das Tarifamt hat nachweislich an der zuständigen Regierungsstelle gedrängt, erzwingen kann es die schnellere Fertigstellung aber nicht. Bei uns soll der neue Grundlohn (nicht die Teuerungszulagen) die Lokalzuschläge nach der neuen amtlichen Ortsklasseneinteilung erhalten, der alte Grundlohn (Tarif von 1912) war der augenblicklich noch geltenden Ortsliste angepaßt, wenn auch erst unvollkommen. Die vom Tarifausschusse beschlossene Anlehnung an die neue Ortsklasseneinteilung würde einen großen Fortschritt bedeuten, aber diese grundlegende Voraussetzung fehlt eben noch. Das ist zu bedauern, jedoch von den Buchdruckern allein nicht zu ändern.

Der Kollege Johannsen ist aber nicht nur mit seiner so sicher klingenden Behauptung über die Erledigung der neuen Ortsklasseneinteilung auf dem Holzwege, sondern größer noch ist sein Irrtum über die neue Weichbildgrenze. Er schreibt auch in seinem Artikel: „Es ist klar, wenn die 15-km-Zone durchgeführt sein wird, wird eine ganze Anzahl von Orten ein höheres Minimum erhalten. Altersen, wo jetzt 202,85 Mk. maßgebend sind, würde auf mindestens 233,95 Mk. kommen." Wenn Kollege Johannsen im Tarif ebenso sicher zu Hause wäre, wie er mit der neuen Ortsklasseneinteilung Bescheid wissen will, dann würde die zitierte Stelle nicht aus seiner Feder geflossen sein. Denn die Ziffer 3 im § 9, die besagt, daß die innerhalb 15 km Entfernung von der Weichbildgrenze liegenden Ortschaften einer Stadt mit Lokalzuschlag in denselben einbeschlossen sind, hat vom 1. Januar 1921 an Gültigkeit. Sie hat mit der neuen Ortsklasseneinteilung nichts zu tun; diese Bestimmung ist mit dem neuen Tarif in Kraft getreten. Altersen, von dem wir nicht wissen, für welchen Druckort es als Weichbildgrenze in Betracht kommt, hat demgemäß von Tarifs wegen bereits das seit dem 1. Januar, wonach Kollege Johannsen in seinem Artikel erst verlangt! Wir machen auf die Gültigkeit der Ziffer 3 des § 9 allgemein aufmerksam, damit nicht anderwärts auch solche Irrtümer vorkommen, weil man eben den Tarif nicht kennt.

Wollen wir die Vorteile der neuen Ortsklasseneinteilung genießen, dann muß eben gewartet werden, bis die akzeptierte gesetzliche Grundlage gegeben ist. Wir wüßten wirklich nicht, wie vorher noch etwas bei uns geschaffen werden könnte, das dieser uns doch noch unbekannten amtlichen Regelung entsprechen würde. Eine solche Flickarbeit wäre geradezu nutzlos, denn mit der Prinzipalität darüber eine Einigung herbeizuführen, halten wir für ausgeschlossen. Um auf dem Lokalzuschlagsgebiete zu einer wirklichen Reform zu gelangen, wobei die Gehilfen in der Einreihung der Orte mit den Beamten gleichgestellt würden, was doch bei uns unbestreitbar allgemeines Verlangen ist, wird nach allen Erfahrungen nur möglich sein, wenn wir uns auf den neutralen, von den Regierungen und den Parlamenten geschaffenen Boden der gesetzlichen Regelung stellen. Die Mitarbeit des Reichstags ist dabei ganz wesentlich. Welches Durcheinander bei der alten amtlichen Ortsliste noch möglich ist, hat eine vor vierzehn Tagen erschienene Zeitungsnotiz drastisch gezeigt: in einer sächsischen Mittelstadt gehören danach die Staats- und die kommunalen Beamten in ihren verschiedenen Kategorien allen fünf Klassen an, wo doch für ein und denselben Ort nur eine Klasse in Betracht kommen darf.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit von der in Aussicht gestellten Behandlung der in Prinzipalskreisen geübten Kritik an dem neuen Tarif die Lokalzuschlagsangelegenheit hier erörtern. Die neue Bestimmung, daß der gleiche Lokalzuschlag auch für innerhalb 15 km (bisher 10) von der Weichbildgrenze — worunter nach einer im Anhang unter „Auslegungen oder Feststellungen" zu findenden Definierung des Tarifausschusses ausdrücklich die Stadtgrenze zu verstehen ist — zu gelten hat, wird schwer angegriffen. Das Erwähnenswerteste davon ist, daß Herr Habbel (Regensburg) auf der Prinzipalstagung für Oberpfalz, Ober-, Mittel- und Unterfranken in Nürnberg (11. Dezember) auch beklagte, daß nicht größere Unterschiede in den Lokalzuschlägen bzw. zwischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten bei der Tarifberatung erreicht worden seien. Also 2½, 5, 7½, 10, 12½, 15, 17½, 20, 25 Proz. Lokalzuschlag, Hamburg extra, Berlin wieder extra, mit der O-Klasse also ein Dutzend Unterschiede, sollen noch nicht genug sein, sollten noch vermehrt werden? Ein Zustand, der mit den bei einzelnen Teuerungszulagenbewegungen auf dem Vereinbarungsweg oder durch amtlichen Schiedsspruch es zu der ganz unhaltbaren Auswirkung gebracht hat, daß zwischen den niedrigsten Druckorten und dem am höchsten stehenden eine Lohnspannung von 93,50 Mk. besteht, sollte gar noch Erweiterung finden? Was dieser Provinzvorkämpler alles ausbrütet, ist ja einfach himmelschreiend! Herr Habbel, der nachträglich noch zum Ehrenmitgliede des in Neubrandenburg Mitte April 1890 aus der Taufe gehobenen Vereins der Provinzial- und Lokalbuchdruckereibesitzer Deutschlands, sogenannter Ladendruckerverein, ernannt werden sollte, möge sich gesagt sein lassen, daß er mit seinen Doktrinen die Aufreizung der Provinzgehilfenschaft geradezu planmäßig betreibt. Wenn die Provinzprinzipalität diesem falschen Propheten folgen würde, hätte sie bald Zustände, die Herr Habbel jedenfalls am letzten verantworten möchte. Dieser Buchdrucker-Fahr, dem nur

kein Buchdrucker-Escherich zum Machtstandpunkte verhelfen kann, ist aber für die Großstadtprinzipalität eher noch gefährlicher, denn was er anrichten will, ist letzten Endes eine größere Schädigung für sie als für die die Abwanderung der Druckarbeiten aus den Großstädten betreibende sogenannte Provinz. Damit erhält Herr Habbel auch seine Gefährlichkeit für die Gehilfenschaft. Diese wird durch ihre Vertretung im Tarifausschusse mit aller Macht sich für Vereinfachung der Lokalzuschläge einzusetzen haben, indem nach dem schon geteilten Antrag alle 2½-Stufen in Fortfall kommen bei der vorzunehmenden Neureglung der Lokalzuschläge. Der in voriger Nummer bereits als kleiner Desperadopolitiker angeführte Baalsdorfer Prinzipal ist auch ergrimmt, daß er schon von dem bisherigen Leipziger Lokalzuschlag erfaßt wird mit seiner kleinen Druckerei, die aber doch schon drei Druckmaschinen hat. Er redet den Konkurrenzzuschlägen das Wort: die Lokalzuschläge sollten in kleinen Orten nach der Größe der Druckereien abgestuft werden. Das würde das komplette Tohuwabohu bedeuten!

Eine in der „Zeitschrift" vom 24. Dezember erschienene Einsendung über die Lokalzuschläge geht davon aus, daß die Neureglung der Lokalzuschläge und hauptsächlich die Bestimmung einer neuen Weichbildgrenze, die enorme Erhöhungen für sehr viele anliegende Druckorte bedeuten würde, nur im Interesse der Großstadtprinzipale geschaffen werden solle, auch die kleine Presse würde außerordentlich geschädigt werden. Es seien jetzt wohl schon prozentual mehr erwerbslose Gehilfen in der Provinz vorhanden als in der Großstadt, deshalb ergeht die Mahnung: „Klärt Eure Gehilfen in der Provinz auf, daß auch sie mit der Einführung der neuen Lokalzuschläge erwerbslos werden, und Ihr werdet sicherlich viele Einsichtige finden." Die Arbeitslosigkeit in der Provinz ist ja zum Teil, wie in unsrer Nr. 3 zu ersehen, höher als in den Großstädten, dafür kommen aber in erster Linie mit den Hauptdruckorten konkurrierende kleine Werkdruckorte in Betracht. Im ganzen ist zu sagen, daß die in der Lokalzuschlagsfrage sich nun zeigenden Schwierigkeiten auf große Versäumnisse in der Vergangenheit zurückzuführen sind, woran auch die Gehilfenschaft mit schuld ist. Hätten Tarif und Organisation früher allgemeine Ausbreitung finden können in den mittleren und kleineren Druckorten, dann wären die Abstände nicht so groß geworden. So aber hat es lange Zeit mit den Lokalzuschlägen sehr gehapert; ja es ist vorgekommen, daß Prinzipale und Gehilfen gemeinsam gegen Lokalzuschlagsfestsetzungen protestierten und Rückversetzung verlangten. Um die Provinz heranzuziehen, hat eben viel nachgesehen werden müssen. Die dann durch Etablierung von leistungsfähigen Konkurrenzdruckereien auch für die Großstadtprinzipale brenzlich werdende Frage hat später nicht mehr richtig eingerenkt werden können. Nun drauben auch die Teuerungsverhältnisse mit den Großstädten konkurrieren und dazu die Provinzgehilfenschaft tariflich und organisatorisch eine ganz andre geworden ist, hat sich eine nicht leichte Situation ergeben, die noch komplizierter wird durch eine früher nie gekannte Arbeitslosigkeit in der Provinz, wenn sie auch wie in den Großstädten ganz ungleichmäßig ist.

Ein anscheinend von kompetenter Seite hierzu nachfolgender Artikel hat zweierlei Gesicht. Der Provinz wird zwar wegen ihrer „in oft ungeheuerlicher Weise" erfolgenden Unterbietungen der Text gelesen, dann aber wird ganz bedenklich der § 90 (Kreisämter) kommentiert: „Gott sei Dank gehört jedoch die Festsetzung der einzelnen Lokalzuschläge nicht zu den Obliegenheiten des Tarifausschusses oder Tarifamts, und alle Galle, die ihretwegen verspritzt wird, ist auf die Kreisämter zu entladen", da diesen doch die „Erledigung besonderer Angelegenheiten" obliege, und „die Festsetzung der Lokalzuschlagsprozentziffern ist nun eine von den ‚besonderen Angelegenheiten', die den Kreisämtern zugewiesen werden". Das ist ebenfalls eine sehr kühne Behauptung! Dem steht nicht nur § 84 entgegen: „Die Tätigkeit des Tarifausschusses erstreckt sich auf die Beratung und Festsetzung des Tarifs und auf die Beratung und Beschlußfassung von Maßnahmen zur Durchführung des abgeschlossenen Tarifs", wozu doch auch die Lokalzuschläge gehören, sondern auch die im vorausgehenden schon angeführte Notbestimmung in Ziffer 1 von § 9, wonach eine vom Tarifausschusse eingesetzte Kommission (vereinfachter Tarifausschuß) den Auftrag der Festsetzung der Lokalzuschläge erhalten hat. Dazu gehören vor allen Dingen die beiderseitigen Kreisvertreter. Diese haben auch die Vorarbeit zu leisten. Der Tarifausschuß kann in bestimmten Fällen Angelegenheiten, die sich aus den Ziffern 4, 5 und 6 des § 9 ergeben, den Kreisämtern überweisen zur weiteren Bearbeitung. Der Tarifausschuß bzw. die eingesetzte Kommission hat aber die Oberhand und das Hauptentscheidungsrecht. Die Wichtigkeit der diesmaligen Neureglung erhellt schon daraus, daß es sich ja gar nicht allein um die Provinz handelt, sondern selbst das zweite Druckzentrum Leipzig unter die neue Ortseinteilung fällt.

Über die Entwicklung der Lokalzuschläge seit 1911 sei noch kurz angeführt (und auch auf den ersten Artikel in Nr. 14 von 1920 verwiesen), daß damals das Servisklassensystem für die staatlichen Beamten zur Grundlage genommen wurde. 182 von den dabei vorgenommenen Festsetzungen kamen bestimmungsgemäß aber erst im Oktober 1913 zur Einführung, während die Mehrzahl mit dem neuen Tarif ab 1. Januar 1912 galt. Am 25. Oktober 1917 wurde dann eine weitere Angleichung um 2½ Proz. beschlossen (was jedoch nicht auf alle Druckorte zutraf) und die Zahl der Lokalzuschläge erweitert. Einführungstermin dieser neuen Festsetzungen war der 1. April 1918. Ferner wurde am 27. August 1919 vom Tarifausschuß eine weitergehende Neureglung im Prinzip beschlossen; sie sollte bis zum 20. November durchgeführt sein, was sich aber als nicht möglich erwies, vielmehr wurde das Tarifamt vom Tarifausschusse zur Erledigung der Neureglung beauftragt, was am 20. Januar 1920 geschah, worauf dann am 1. Februar 1920 die Einführung erfolgte. Man sieht also, es ist auch sonst, wenn nicht solche Voraussetzungen fehlten, auf die wir gar keinen Einfluß haben wie jetzt mit der neuen amtlichen Ortsliste, mit Schwierigkeiten und Hindernissen aller Art zu rechnen gewesen bei der Neureglung der Lokalzuschläge.

*

Die einstweilige Ablehnung der Einberufung des Tarifausschusses durch die Prinzipalsleitung entwickelt sich bereits zu einem Streitfalle zwischen beiden Teilen. Auf unsrer Seite hat München der Prinzipalität den Standpunkt schon klar gemacht, daß sich die Gehilfenschaft nun und nimmer damit abfinden werde; anderseits legt ein Berliner Kollege gleichfalls in dieser Nummer in einer Weise los, die der andern Seite sagen müßte, was die Glocke geschlagen hat. Die Gehilfenleitung mit Unterstützung der Gehilfenvertreter mußte allerdings nach den tariflichen Bestimmungen den Antrag auf Einberufung des Tarifausschusses an das Tarifamt richten. Dieses aber hätte, wenn die andre Fraktion so wenig Einsicht in die Situation besäß, nicht gegen die Gehilfenstimmen den Antrag ablehnen dürfen, sondern hätte ihn wegen seiner ungemeinen Wichtigkeit schriftlich unter den Mitgliedern des Tarifausschusses zur Abstimmung bringen sollen. Wenn die Prinzipalsleitung glaubt, das verunglückte Obstruktionsmanöver von 1918/19 wiederholen zu können, so wäre das wieder einmal eine heillose Eingebung. Aber so weit scheint man es ja doch nicht treiben zu wollen, da, wie wir bereits in voriger Nummer mitteilten, nun der erweiterte Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins nach Leipzig für die letzte Januarwoche einberufen worden ist. Dieses Datum müßte aber, wenn diese Sitzung schon vorher geplant sein sollte, früher gelegt werden.

Wie wir zur früheren Ansetzung der engeren Aussprache nur dringend raten können, damit die Tarifausschußsitzung bald zustande kommt, so möchten wir noch sagen, daß Direktiven, wie sie vor einiger Zeit von der Prinzipalsleitung in das Land hinausgegeben wurden, höchst gefährlich sind, denn wenn darüber der Vorhang gelüftet wird, dann könnte es Knalleffekte geben, was wir im Interesse der vernünftiger denkenden Prinzipale doch verhüten möchten. Diese große Zahl drauben im Reiche hat aber alle Veranlassung, auf ihre Organisations- und Tarifvertreter einzuwirken, daß man nach Leipzig Gegendirektiven sendet. Die telegraphischen Noten unsrer Verbandsleitung werden ja im Buchgewerbehause schon die Wirkung von Blitzlichtaufnahmen der Situation gehabt haben!

Die Berliner Prinzipalität hat sich beeilt, in der „Zeitschrift" und in der „Buchdruckerwoche" bekanntzugeben, daß sie am 7. Januar in einer Versammlung einmütig mit folgender Resolution die Sturmbeschwörung versucht hat:

> Obwohl erst vor wenigen Tagen der neue Tarif in Kraft getreten ist, durch den uns namhafte Lasten auferlegt worden sind, trotz der Vereinbarung mit den Gehilfen, daß die neuen Teuerungszulagen bis 31. März zu gelten haben, und trotz der bewiesenen Opferwilligkeit der Prinzipale, nach bestem Können Arbeitslose einzustellen, versuchen die Gehilfen in den einzelnen Betrieben, gruppenweise untarifliche Zulagen durchzusetzen.
>
> Wir sind außerstande, in so kurzen Fristen und gegen das tarifliche Abkommen immer wieder neue Zulagen zu bewilligen, zumal die derzeitige Lebenshaltung keine Veranlassung dazu bietet. Deshalb sprechen die hier anwesenden Buchdruckereibesitzer ihren Kollegen im Tarifamte, welche die Forderung der Gehilfenschaft auf Zusammentritt des Tarifausschusses abgelehnt haben, ihren Dank aus, und sie verpflichten sich dazu, unbedingt zusammenzustehen und keinerlei allgemeine außertarifliche Zulagen zu bewilligen, mag daraus entstehen, was da wolle.

Wie der nachfolgende Artikel erkennen läßt, ist der Schlußsatz bereits tüchtig durchlöchert. Über die „derzeitige Lebenshaltung" haben wir schon genug gesagt, werden aber ein andermal den Berliner Herren noch im speziellen ein ganz kleines Licht aufstecken. Daß die neuen Teuerungszulagen bis zum 31. März zu gelten haben, wäre richtig, wenn die verhandelnde Prinzipalität im Oktober v. J. sich hätte belehren lassen von unsrer Seite und entsprechend schon viel besseren Teuerungszulagenbewilligungen (siehe Nr. 4) würde gehandelt haben. Was die Berliner Prinzipale für die Arbeitslosen getan haben, indem vor Weihnachten mehr untergebracht worden sind, ist schon in Nr. 3 anerkannt worden, nun sollen sie aber auch an die Arbeitenden denken, nämlich, wie diese mit 248.25 bis 270.50 Mk. betragenden Minimallöhnen und vielleicht einigen Mark darüber als „Höherentlohnte" leben sollen. Die da einmütig für die ausgerechnet wieder Berlin berühmt machende Resolution gestimmt haben, werden es gewiß ihren Gehilfen nicht vormachen wollen, daß mit solchen Löhnen die Buchdrucker durchkommen können. Wir möchten diesmal nicht mehr zu dem Berliner Genetstreiche sagen, sondern seine Wirkung für drinnen und drauben durch sich selbst erhöhen. Erinnern könnte man wegen der starken Geste ganz am Schluß aber noch an den Machtkampf im Berliner Zeitungsgewerbe — und an seinen Ausgang ....

Es brennt im Hause!

Die Lage der Arbeitnehmerschaft im deutschen Buchdruckgewerbe wird eine immer schwierigere. Die Not steigt von Tag zu Tag. Die Verelendung wird immer größer. Dennoch zeigt sich auf der Gegenseite, bei der Unternehmerschaft, ein so mangelndes soziales Verständnis für diese Lage, daß man fast der Auffassung zuneigen kann, als gingen dieselbe diese gänzlich unhaltbaren Zustände gar nichts an.

Betrachten wir einmal die Dinge, wie sie liegen. Die in jeder Beziehung ungenügende Teuerungszulage wurde von der Gehilfenschaft doch nur deshalb hingenommen, weil man der Ansicht war, daß nach erfolgter Abstimmung über den neuen Tarif und seiner Annahme es zu neuen Verhandlungen über die Teuerungszulage kommen werde. Denn es gab wohl keinen Gehilfen, der damit rechnete, sich nun bis zum 31. März 1921 mit den im November 1920 bewilligten Zulagen zufrieden geben zu sollen. Der Ruf nach neuen Verhandlungen war ein allgemeiner und dem Drängen der Gehilfenschaft Rechnung tragend forderten die Gehilfenvertreter die Einberufung des Tarifausschusses. Was aber war die Antwort der Unternehmerschaft auf dieses Ersuchen? Kalt erklärte man, die Forderung nach Einberufung des Tarifausschusses hätte nur Berechtigung angesichts einer katastrophalen Teuerung, eine solche sei aber nicht festzustellen; es wäre lediglich das Fortbestehen einer schon vorhandenen Teuerung zu verzeichnen. Also von einer verschärften Teuerung darf nur gesprochen werden, wenn die hohen Herren vom Deutschen Buchdruckerverein eine solche geruhen festzustellen! Glaubt man auf der Gegenseite denn, daß eine derartige Auffassung der Dinge dazu beiträgt, die Unzufriedenheit und Erregung in der Gehilfenschaft einzudämmen? Im Gegenteil, das Drängen der gesamten Arbeitnehmerschaft im Buchdruckgewerbe nach einer Verbesserung der Verhältnisse und Änderung der unhaltbaren Zustände wird immer stärker und hat jetzt dazu geführt, daß hier in Berlin in acht Zeitungsbetrieben der gesamten Belegschaft eine Zulage von 12 Mk. bewilligt wurde, zahlbar ab 1. Januar, von denen 5 Mk. auf eine neue Teuerungszulage anrechenbar sind.

Damit ist die Berechtigung der Gehilfenforderung nach Erhöhung der Löhne doch schon zugegeben. Denn wenn es notwendig war, die an sich besser Entlohnten der Zeitungsbetriebe in ihren Bezügen aufzubessern, wieviel mehr macht sich dann eine höhere Bezahlung der in andern Betrieben Beschäftigten erforderlich, von denen eine große Anzahl zum Minimum oder nur um wenige Mark darüber entlohnt wird? Es ist kaum anzunehmen, daß sich die übrige Kollegenschaft mit dieser Tatsache ruhig abfinden wird.

Hierdurch wird natürlich eine Lage geschaffen, die zu schweren Verwicklungen führen kann. Angesichts dieser bedrohlichen Situation muß sich die Unternehmerschaft, wenn es ihr halbwegs darum zu tun ist, geordnete Verhältnisse im Gewerbe aufrecht zu erhalten, die Frage vorlegen, ob es nicht besser ist, durch schnelles Entgegenkommen diese gefahrvolle Entwicklung aufzuhalten. Aber so weit scheint man noch nicht zu sein. Erst in der letzten Januarwoche soll eine erweiterte Vorstandssitzung des Deutschen Buchdruckervereins zu dieser ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

Inzwischen werden recht fleißig alle Druckaufträge, die für die Landtagswahlen in Preußen erforderlich sind, herausgewirtschaftet, und dann wird man wohl zu Verhandlungen zu haben sein.

Es ist ein geradezu frivoles Spiel, das hier getrieben wird. Bisher hat die Gehilfenschaft trotz der schweren Lage dank ihrer gewerkschaftlichen Disziplin in musterhafter Weise Ruhe gehalten. Wenn diese Ruhe aber gestört wird, dann ist es nicht ihre Schuld, sondern die Verantwortung tragen jene Kreise, die da glauben, mit einer Handbewegung sich über unser Elend hinwegsetzen zu können.

Berlin. G. P.

Korrespondenzen

Jena. Am 9. Januar fand hier eine Faktorenversammlung statt, um sich darüber schlüssig zu werden, ob man sich dem Faktorenbund oder der Freien Faktorenvereinigung anschließe. Faktorenbund und Freie Faktorenvereinigung hatten Vertreter entsandt. Kollege Strahl (Pößneck) sprach über das Thema: „Was will die Freie Faktorenvereinigung?" Alle anwesenden Kollegen waren mit den Zielen und Bestrebungen der Vereinigung einver-

standen und erklärten ihren Beitritt zur Freien Faktorenvereinigung. Eine Ortsgruppe Jena wurde gegründet und Kollege Vandenbertz zum Vorsitzenden gewählt. Der Vertreter der Weimarer Kollegen erklärte gleichfalls seinen Beitritt und stellte die alsbaldige Gründung einer Ortsgruppe Weimar der Freien Faktorenvereinigung in Aussicht.

München. In einer allgemeinen Versammlung der tariftreuen Gehilfen des Kreisvororts München am 10. Januar wurden die Kandidaten für die Belegung der Tarifinstitutionen aufgestellt. Die Wahlen finden durch Urabstimmung in der Zeit vom 17. bis 22. Januar statt. Bei dieser Gelegenheit gab der Gehilfenvertreter die ablehnende Haltung der Prinzipalsvertreter des Tarifamts bekannt, wonach ein Antrag der Gehilfenvertreter auf Einberufung des Tarifausschusses zwecks Beschlußfassung über neue Teuerungszulagen im Tarifamte zu Falle gebracht wurde. Nach einer kurzen Debatte, in der die Haltung der Prinzipalsvertreter allseitig verurteilt wurde, gelangte nachstehende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die am 10. Januar 1921 stattgefundene allgemeine Buchdruckerversammlung des Tarifvororts München (Kreis V) nimmt die Mitteilung des Gehilfenvertreters betreffend die ablehnende Haltung der Prinzipale des Tarifamts in bezug auf den Zusammentritt des Tarifausschusses mit Entrüstung zur Kenntnis. Die seit dem 1. Oktober resp. 1. November eingetretene Teuerung bedingt eine sofortige neuerliche Teuerungszulage für die Gesamtheit der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe und infolgedessen die sofortige Aufnahme von Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter im Tarifausschusse. Die Versammelten sprechen dem Tarifamte das Recht ab, einen derartigen Entscheid überhaupt zu fällen und fordern dringend den sofortigen Zusammentritt des Tarifausschusses in seiner Gesamtheit. Sollte dem Verlangen der Gehilfenschaft trotz nachgewiesener steter Steigerung aller Preise für Bedarfsartikel (bedingt auch zum Teil durch die abermalige Verdoppelung der Eisenbahntarife) nicht entsprochen werden, so mögen sich die Prinzipalsvertreter im Tarifamt und Tarifausschusse der wirtschaftlichen und politischen Folgen des Eintretens der Gehilfenschaft für ihre und ihrer Familien Existenz voll und ganz bewußt sein, aber auch die Verantwortung allein tragen. Von den Gehilfenvertretern fordern die Versammelten unbedingtes Eintreten für den Zusammentritt des Tarifausschusses."

Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buchdruckerei Max Klestadt in Köln-Ehrenfeld gewährte ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsbeihilfe von 20 bis 250 Mk. — In Essen bewilligte die Buchdruckerei Th. Reismann-Grone als Weihnachtsgabe im November v. J. für Verheiratete 600 Mk. und für jedes Kind 200 Mk. bis zu 1200 Mk., die Ledigen erhielten 400 Mk. Beachtenswert ist ferner, daß die Firma schon im August v. J. den verheirateten Gehilfen einschließlich Hilfsarbeitern 200 Mk., den Ledigen 100 Mk. und im September v. J. den Verheirateten 300 Mk. und für jedes Kind 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 600 Mk. gewährte. Seit Kriegsschluß hat sich beim Personal dieser Firma eine gründliche gewerkschaftliche Umwälzung vollzogen, so daß heute sämtliche Gehilfen dem Verband angehören. — In Frankfurt a. M. überreichte die Buchdruckerei Kumpf & Reis aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma bei einer entsprechenden Jubiläumsfeier mit Bewirtung jedem Gehilfen ein Geldgeschenk. — In Friedrichroda gewährte die Buchdruckerei Kobstädt & Co. ihrem Personal eine Weihnachts- und Neujahrsbeihilfe von 110 Mk. — In Miesbach (Oberbayern) gewährte die Buchdruckerei Hans Bommer den Gehilfen eine Weihnachtsgabe von je 50 Mk., den Lehrlingen 40 und 30 Mk., der Hilfsarbeiterin 40 Mk., und die Buchdruckerei F. W. Wagner überreichte dem Personal als Neujahrsspende 500 Mk., die entsprechend zur Verteilung gelangten.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Offenburg wurde Kollege Karl May als Schöffe, in Lahr Kollege Joseph Biehler als Hilfsschöffe und in Guben Kollege Hermann Busching als Hauptschöffe für 1921 ausgelost.

Neue Teuerungszulagen im Steindruckgewerbe. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) berichtet über das Zustandekommen neuer Teuerungszulagen im deutschen Steindruckgewerbe folgendes:

Die letzten im Steindruckgewerbe geführten Lohnverhandlungen konnten noch deshalb zu keinem Ergebnisse geführt werden, weshalb der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe das Reichsarbeitsministerium um Fällung eines Schiedsspruchs anrief. Der dann am 16. Oktober 1920 gefällte Schiedsspruch brachte allen Verheirateten oder im Sinne der Erwerbslosenfürsorge einen eignen Haushalt Führenden eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes von 15 Mk. mit der gleichzeitigen Bestimmung, daß dieser Schiedsspruch bei Annahme Wirkung bis zum 31. Dezember habe.

Dieser Schiedsspruch wurde sowohl von der Arbeiter- wie von der Unternehmerorganisation anerkannt, und damit waren die Lohnverhältnisse bis zum 31. Dezember geregelt. Schon allein die durchaus unzureichende Lohnzulage des Schiedsspruchs wäre genügend Veranlassung gewesen, nach Ablauf der Gültigkeitsdauer neue Forderungen zu stellen. Aber aus allen Teilen des Reiches liefen beim Verbandsvorstande Lohnforderungen ein, die ob ihrer Unerschiedlichkeit die bis erige Praxis, den Unternehmern vor dem Stattfinden der Verhandlungen die Forderungen zu übermitteln, ab und nehmen ließen, um der Verhandlungskommission die Möglichkeit zur Aufstellung einer einheitlichen Forderung zu geben.

In eingehender Aussprache und unter Beachtung der Lage des Gewerbes wurde die Forderung einheitlich auf 50 Mk. Lohnerhöhung in der Woche festgelegt und den Unternehmern in der am 9. Januar stattfindenden Verhandlung unterbreitet. In rund 14stündiger Auseinandersetzung, in der die verschiedensten Abänderungsanträge gestellt wurden, wurde um die Forderung der Gehilfen gerungen, um endlich auf folgender Basis den Weg zur Einigung zu finden:

Alle Gehilfen erhalten ab 1. Januar 1921 eine weitere Teuerungszulage. Es sind zu zahlen an Gehilfen im Alter von 18 bis 24 Jahren 20 Mk., über 24 Jahre 25 Mk. in der Woche.

Bei Kurzarbeit wird die Zulage anteilig berechnet.

Seit dem 18. Oktober 1920 unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen werden angerechnet.

Örtliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Die Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1921.

Sind mit diesem Abkommen die Wünsche der Gehilfenschaft auf Erhalt des Existenzminimums auch noch nicht befriedigt, so ist doch wieder ein Schritt nach vorwärts getan worden, der um so höher anzuschlagen ist angesichts der Tatsache, daß von linksrheinischen Unternehmerkreisen mit aller Macht auf einen Lohnabbau hingearbeitet worden ist.

Verfehlte Praxis der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe. Neuerdings häufen sich die Beschwerden darüber, daß die Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe eine Art von Zensur über die Ausfuhr von Büchern verhängt hat, indem sie die Versendung jedes Buches ins Ausland von einer besonderen Genehmigung abhängig macht. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um große Ausfuhrsendungen, sondern auch für jedes einzelne Buch, das jemand im Privatverkehr ins Ausland zu versenden gedenkt, muß die Ausfuhrbewilligung der Außenhandelsnebenstelle für Buchgewerbe eingeholt werden. Diese Genehmigung wird angeblich stets erteilt, wenn in dem Buch irgendeine Widmung vorhanden ist. Diese eigenartige Einrichtung ist offenbar mehr als Schikane. Die an sich notwendige und berechtigte Regulierung des Außenhandels sollte nichts mit der Versendung einzelner zu Geschenkzwecken dienender Bücher zu tun haben, denn hier ist die Gefahr kleinlicher Schikanen zu naheliegend und der Nutzen für die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft doch sehr zweifelhaft.

Lockere Auslands- oder Eigentumsbegriffe? Eine grobe allgemeine Verdächtigung der Angehörigen des graphischen Gewerbes leistet sich der „Graphische Materialienmarkt" in seiner Nr. 52, indem er folgendes schreibt: „Das Schriftenbiet wird immer weniger, in vielen Buchdruckereien wenigstens, wo der Inhaber einen stillen Kompagnon hat, der Blei statt Gold nimmt. Wir haben in verschiedenen Betrieben derartige Klagen gehört und festgestellt, daß es oft an der nötigen Organisation und Überwachung fehlt. Es verschwindet heute so manches. Gutes Papier wird als Makulatur verkauft, ja ganze Ballen fertiger Drucksachen verschwinden auf diese Weise, und es gehört heute durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten, daß über Nacht ganze Maschinen aus dem Betriebe verschwinden. Das persönliche Eigentum ist jetzt auf allen Gebieten im höchsten Grade gefährdet, also auch in der Buchdruckerei. Man muß sich mit den Ankäufern von Altpapier und Altmetall in Verbindung setzen, um eventuellen Veruntreuungen auf frischer Tat auf die Spur zu kommen, vor allem aber die heute unumgängliche Betriebskontrolle so scharf anspannen, daß Entwendungen vermieden werden. Derartige Organisationen kosten einige Zeit und Mühe, die aufgewendet werden müssen, wenn man sich nicht großen Schaden aussetzen will." Wir halten selbstverständlich nicht alle graphischen Arbeiter oder Angestellten ohne Ausnahme für Engel, aber solche Verallgemeinerungen bezüglich der Eigentumsgefährdung im graphischen Gewerbe sind doch zu starker Tabak. Der Schriftleitung des „Graphischen Materialienmarktes" scheinen die mancherlei Spekulationen nicht weniger Buchdruckereibesitzer mit Vorratspapieren und die Ausschlachtung ganzer Buchdruckereibetriebe zur Verschiebung von Maschinen, Schriftmaterial usw. ans Ausland gar nicht bekannt zu sein. Wir haben in jener Fachschrift noch kein Wort des Tadels über solche spekulative Geschäfte gelesen. Um so bestremdlicher mutet daher die hier in Frage kommende Verdächtigung gegenüber der graphischen Arbeiterschaft an. Ohne gewissenlose Subjekte, die aber nur seltene Ausnahmen sein können, irgendwie in Schutz nehmen zu wollen, protestieren wir ganz entschieden gegen solche Unterstellungen, die ohne irgendeinen kontrollierbaren Nachweis einzelner Fälle der Öffentlichkeit übergeben werden. Mögen unter den über 150000 Buchdruckereiarbeitern Deutschlands selbst einige Dutzend sein, deren Begriffe über Mein und Dein im „Slachtbad" des Völkermordens und seiner Schieberära ins Wanken gekommen sind, so bedeutet es eine frivole Beleidigung der vielen Tausende ehrlicher und gewissenhafter Buchdruckereiarbeiter, wenn so wie hier ihrem harten Ringen ums bittere Daseln mit kärglichem Lohne noch Beschimpfungen zuteil werden. Und was die Frage der schärferen Betriebskontrolle anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß eine solche erst dann ihre Berechtigung hat, wenn auch den Arbeitern das Recht einer schärferen Produktionskontrolle innerhalb der Betriebe wie des gesamten Gewerbes eingeräumt wird. Der Widerstand des Unternehmertums gegen die letztere Forderung hat doch nur dann einen gewissen Sinn, wenn durch eine solche Produktionskontrolle bisher verborgene und nicht ganz einwandfreie Bereicherungsquellen des Unternehmertums aufgedeckt werden könnten. Der Grad dieses Widerstrebens der Unternehmer gegen die Produktionskontrolle durch die Arbeiterschaft läßt darauf schließen, daß hier sehr vieles faul sein muß und das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Der „Graphische Materialienmarkt" würde seinem Ansehen besser dienen, wenn er in dieser Richtung etwas weniger mit Phrasen oder allgemeinen Redensarten an der Oberfläche plätschern wollte.

Zur Erforschung der Gewerbekrankheiten. Ein Erlaß des Arbeitsministeriums im Freistaate Sachsen an die Oberversicherungsämter bezweckt, die Krankenkassen im Vereine mit ihren Kassenärzten planmäßig zur Erkennung und Feststellung von Gewerbekrankheiten heranzuziehen. Es sollen dem Ministerium zur Übermittlung an den Landesgewerbearzt regelmäßig alle Beobachtungen über solche Erkrankungen mitgeteilt werden, die auf berufliche Schädigungen zurückzuführen sind. Dabei sind die mutmaßlichen Ursachen, die beteiligten Betriebe und die behandelnden Ärzte anzugeben. Zur Erforschung und zum Ausbau der Gewerbehygiene müßte solch ein Schöpfen aus der Praxis heraus überall eingeführt werden.

Die Uneinigkeit der Arbeiter als Vorteil der Unternehmer. In der Händlerpresse war kürzlich über die Uneinigkeit der Arbeiterschaft folgender Freudenausbruch zu lesen: „Der Auseinanderbruch der Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen machen sich auch in den Konsumvereinen, und zwar ungünstig für diese, geltend. Die fortschreitende politische Radikalisierung in der Arbeiterschaft bringt es ganz offenbar mit sich, daß Sachverständnis und sachliche Erfahrung zugunsten politisch radikaler Elemente von der Leitung und Verwaltung der Konsumgenossenschaften zurückgedrängt werden. Uns kann es natürlich nur recht sein, wenn die Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung auch innerhalb der Konsumvereinswirtschaft nicht haltmacht."

Gerichtliche Auflösung des französischen Gewerkschaftsbundes. Weil sich der französische Allgemeine Gewerkschaftsbund im vorigen Jahre mit dem französischen Eisenbahnerstreik solidarisch erklärte und dadurch gegen reaktionäre Gesetzesbestimmungen bezüglich des Koalitionsrechts für Staatsarbeiter verstoßen haben soll, wurden die Mitglieder des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, und zwar Jouhaux, Laurent, Lapierre, Dumoulin und Calvanrach durch das Pariser Strafgericht zu je 100 Franken Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt, außerdem hat das Gericht die Auflösung des Vorstandes des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes verfügt. Praktisch dürfte das letztere wenig zu bedeuten haben; denn die französischen Gewerkschaften werden sicherlich einen Ausweg finden, um die beabsichtigte Wirkung dieses Urteils gegenstandslos zu machen. Immerhin beweist dieses Urteil die große Schwäche der französischen Arbeiterorganisationen, die den bürgerlichen Gerichten den Mut gibt, solche Urteile zu fällen, was letzten Endes nur auf die unheilvollen Spaltungen der Arbeiterschaft durch politische Doktrinen zurückzuführen ist.

Die Wirtschaftskrisis als Förderung der Betriebskonzentration. Als Wirkung der wirtschaftlichen Krise ist in den Vereinigten Staaten und auch in den westeuropäischen Ländern eine Anzahl von schwachen Unternehmungen entweder in Konkurs geraten — die Zahl der Konkurse wächst nach den Meldungen der amerikanischen Zeitungen von Tag zu Tag —, oder aber sie mußten ihren Betrieb an große Unternehmungen mit viel Kapitalkraft und Reserven verkaufen. Wenn die Krise noch lange dauert, wird eine sehr große Menge von kleinen Unternehmern untersinken. Somit fördert die Krise die Konzentration der Betriebe in wenigen Händen, eine Entwicklung, die Marx mit prophetischem Blick vorausgesehen hat. Natürlich gibt es andre wirtschaftliche Kräfte, welche noch viel mächtiger als die Krise in die Richtung der Betriebskonzentration drängen.

Der italienische Gildensozialismus. Nach einem Berichte der „Westeuropäischen Sozialökonomischen Korrespondenz" (Heidelberg) hat die italienische Arbeiterschaft jetzt die Bewirtschaftung der Braunkohlengruben in die Hand genommen. Vor dem Kriege wurde diese Gruben vernachlässigt, weil die Braunkohle als schlechtes Brennmaterial die Konkurrenz der ausländischen Kohle nicht ertragen konnte. Der Kohlenmangel und die hohen Preise der eingeführten Kohle haben das Interesse auf diese Gruben gelenkt, sie wurden seit dem Krieg in Betrieb erhalten, aber schlecht, teuer und unwirtschaftlich. Es war ein richtiger Raubbau mit staatlicher Unterstützung und riesigen Gewinnen für die Besitzer. Jetzt wollen die Bergarbeiter darin einen Wandel schaffen und zugleich einen praktischen Versuch zur Verwirklichung des Gildensozialismus machen. Sie haben lokale und nationale Organisationen und Produktionsgenossenschaften gegründet und für die Bergindustrie eine nationale Gilde ins Leben gerufen. Gleichzeitig haben sie durch die sozialistischen Parlamentsmitglieder einen Gesetzentwurf eingereicht, in welchem sie die Verantwortung der noch nicht erschlossenen und der technisch oder hausmännisch nicht gut bewirtschafteten Minen in den Besitz der neugegründeten Gilde unter staatlicher Kontrolle verlangen. Sie fordern auch einen billigen Kredit vom Staat. In der Begründung der Gesetzesvorlage wird ausgeführt, daß durch diese Methode der Profit der Kapitalisten ausgeschaltet, die Industrie besser geleitet wird, die Preise für die Konsumenten herabgesetzt, die Löhne und die Arbeitsbedingungen aber verbessert werden können. Die Organisationen sind schon tätig und durch die Gilde haben sie die Leitung von verschiedenen Minen in die Hand genommen. Die Nationale Bergarbeitergilde in Verbindung mit dem Bergarbeiterverbande verhandelt jetzt mit der Regierung und mit der Staatsbank über die vollständige Verwirklichung ihrer Pläne.

Briefkasten

G. in S.: Diese Arbeitsordnung hat die von zwei Kommissionen des Tarifausschusses beiseite gelegte Leipziger zur Basis, geht aber selbst darüber hinaus. Der Betriebsrat muß dagegen protestieren, damit sie vor den Schlichtungsausschuß gebracht werden kann. Wenn wir in ruhigeren Wochen das Thema der Arbeitsordnungen einmal behandeln werden, wird dieser Entwurf uns auch Stoff abgeben, desgleichen der mitgesandte Kontrollzettel. — F. A. in S.: Jawohl, solcher Humor bildet auch im „Korr." eine erfrischende Abwechslung. Warum sollte der „Korr." da eine Ausnahme von der Arbeiterpresse machen? — A. H. in D.: Werden daraus eine Darstellung der Vorgänge machen. — A. M. in W.: Ihre Anfragen hätten Sie an den zuständigen Gehilfenkreisvertreter senden sollen. Denn unsre Auskunft hat doch in solchen Dingen keine kirchrechtliche Wirkung. Wir haben daher Ihr Schreiben dem Gehilfenkreisvertreter übersandt, der Ihnen Bescheid geben wird. K. S. in S.: 14 Mk.

□□□□ Verbandsnachrichten □□□□

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Vor Annahme einer Kondition anfragen!

In der gegenwärtigen Zeit des Beginnes einer neuen Tarifperiode ist es doppelt notwendig, daß die Kollegen vor Annahme einer Kondition beim zuständigen Gauvorstand Erkundigung einziehen, ob die in Frage kommende Druckerei tariftreu ist, wie die Wohnungsverhältnisse an dem neuen Konditionsorte beschaffen sind usw. Also wer sich vor Schaden bewahren will, versäume nicht, vor Antritt einer Kondition Erkundigung bei den nachfolgenden Stellen einzuziehen:

Gau Bayern: Hans Hemmerich, München, Holzstraße 24 I.
„ Berlin: Albert Massini, Berlin SO 16, Engelufer 14 15 I.
„ Danzig (Freistaatgebiet): Artur Hübner, Danzig, Bischofsberg 15.
„ Dresden: Albin Freitag, Dresden, Mathildenstraße 7 I.
„ Erzgebirge-Vogtland: R. Trostdorff, Chemnitz, Pestalozzistraße 7.
„ Frankfurt-Hessen: W. Nepecks, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51 III.
„ Hamburg-Altona: Fr. Runtzler, Hamburg, Besenbinderhof 57 II.
„ Hannover: Gustav Pfingsten, Hannover, Nikolaistr. 7 II.
„ Leipzig: Leopold Hesse-Barth, Leipzig, Brüderstraße 9 I.
„ Mecklenburg-Lübeck: L. Dahncke, Schwerin, RostockerStr. 19.
„ Mittelrhein: Friedrich Conradi, Mannheim, U 2, 9 p.
„ Nordwest: Franz Zscherp, Bremen, Doruntstraße 26 I.
„ Oberrhein: Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Oberau 71 III.
„ Oder: R. Reinke, Stettin, Turnerstraße 10.
„ Ostpreußen: H. Reisner, Königsberg i. Pr., Mitteltragheim 11 I.
„ Rheinland-Westfalen: J. Bertram, Köln, Gereonshof 28.
„ An der Saale: H. König, Halle a. d. S., Kl. Klausstr. 7 I.
„ Schlesien: Karl Fiedler, Breslau I, Kupferschmiedestr. 7 II.
„ Schleswig-Holstein: Martin Prüter, Kiel, Schauenburgerstraße 34.
„ Thüringen: Emil Prox, Weimar, Döllstädtstraße 36.
„ Württemberg: G. Klein, Stuttgart, Heusteigstraße 54.

Mainz. Der Setzer Reinhold Peschmann (Hauptbuchnummer 43706), geb. in Berlin 31. Dezember 1884, ausgel. in Berlin 24. Oktober 1903, Eintritt Berlin 1. November 1903, wird hiermit aufgefordert, umgehend seine Adresse an den Bezirkskassierer K. Mann gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen

Berlin. (Korrektorenverein.) Vorsitzender: Adolf Reich, Berlin N 58, Tuckerstraße 10 I.
Merseburg. Vorsitzender: Karl Schmidt, Weinberg 7; Kassierer: Fritz Ackermann, Dompropstei 3, Hinterhaus. Die Auszahlungen sämtlicher Unterstützungen finden Sonnabends von 12 bis 2 Uhr in der Wohnung des Kassierers statt.
Niebüll-Bredstedt-Leck-Wyk a. F. Vorsitzender: Richard Möller, Niebull; Kassierer: Walter Bornhöft, Bredstedt.
Wernigerode a. H. Vorsitzender: Hermann Schwarzwalder, Breite Straße 78 III; Kassierer: Ernst Stäglich, Hinterstraße 52 I.
Zerbst (Anhalt). Vorsitzender: Walter Sievers, Badergasse 8; Kassierer: Ernst Friedrich, Wegeberg 23a.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat November 1920.

Auf der Reise: 64 Mitglieder.

Am Orte: 2801 ausgesteuerte, nichtbezugsberechtigte und kurzarbeitende Mitglieder a 2 Mk. pro Tag, Ortsunterstützung erhielten: 2337 Mitglieder.

An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	in der Reiseunterstützung		Ausgesteuerte am Orte		in der Ortsunterstützung		Unterstütz.-Tage insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Setzer . . .	50	745	1693	29028	1577	30624	60397
Masch.-S. .	—	—	29	359	40	638	997
Drucker . .	13	167	977	17689	629	12247	30103
Stereotyp. .	1	7	25	498	35	756	1261
Galvanopl.	—	—	31	636	16	220	856
Korrektoren	—	—	13	230	13	309	539
Faktoren .	—	—	—	—	1	25	25
Schriftgießer	—	—	31	360	24	432	792
Stempelschn.	—	—	2	35	2	49	84
	64	919	2801	48835	2337	45300	95054

Arbeitslos verblieben am 30. November 1920: 3015 Mitglieder.

An Unterstützungen wurden gezahlt:

Reiseunterstützung:
an 64 Mitglieder für 745 Tage . . . . 3620,15 Mk.

Notstandsbeihilfe an Kurzarbeiter (715) Ausgesteuerte usw. am Orte:
an 2801 Mitglieder für 48835 Tage . . 97670,— Mk.

Ortsunterstützung:

an	6 Mitgl. für	160 Tage	a 2,50 Mk.	—	400,—	Mk.
„	15 „ „	429 „	a 3,— „	=	1687,—	„
„	815 „ „	14813 „	a 4,— „	—	59252,—	„
„	701 „ „	13412 „	a 4,50 „	—	60354,—	„
„	800 „ „	16486 „	a 5,— „	=	82430,—	„
				zusammen	204123,—	Mk.

Insgesamt wurden im Monat November gezahlt:
1920: 305413,15 Mk. für 95054 Tage
1919: 72489,50 „ „ 48832 „
mehr 1920: 232923,65 Mk. für 46222 Tage.

Versammlungskalender

Dresden. Versammlung der tariftreuen Gehilfen Mittwoch, den 19. Januar, abends 6½ Uhr, im „Volkshause", Ritzenbergstraße 2.
— Rotationsmaschinenmeister-Versammlung Sonnabend, den 22. Januar, abends 6 Uhr, im Gasthaus Schnadt, Kleine Plauensche Straße 2.

Erfurt. Maschinenmeister-Kreisversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Großen Kurfürst".

Wanne-Eickel. Generalversammlung Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinsheim Moder in Wanne, Schlachthofstraße 16.

Zittau. Hauptversammlung Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Schwarzen Adler", Frauenstraße.

Zwickau. Maschinensetzer-Jahreshauptversammlung (Erzgebirge-Vogtland, Bezirk Zwickau) Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Goldenen Becher", Äußere Leipziger Straße.

(Hierzu eine Beilage.)

Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44:

Jahreshauptversammlung

Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Jahresbericht. 4. Kassenbericht. 5. Neuwahlen. 6. Verschiedenes. [115
Zahlreichen Besuch erwartet — Der Vorstand.

Norddeutscher Maschinensetzerverein (Sitz Hamburg)

(umfassend: Groß-Hamburg, Bergedorf, Blankenese, Elmshorn, Harburg, Lüneburg, Pinneberg, Stellingen-Langenfelde, Uetersen, Wilhelmsburg).

Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", kleiner Saal, parterre (Eingang Torweg rechts neben der Herberge): [119

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Jahresbericht — Abrechnung. 3. Wählen. 4. Berichterstattung über unsern Kursus. 5. Technisches: Neuerung am Sammelelevator der Viktorline — Reinigung des Gasregulators. (Kollege P. Temmler.) 6. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet — Der Vorstand.

Wer richtig kalkulieren lernen will,
der benütze als Anleitung dazu das von dem anerkannten
Berechnungsfachmann Emil Hallupp, Leipzig, herausgegebene Lehrbuch:
DIE KALKULATION VON DRUCKARBEITEN
mit Nachtrag nach dem Stande vom 1. Januar 1921
Umfang 80 Seiten. / Preis 4 M.
VERLAG DES BILDUNGSVERBANDES D.D.B + GMBH
Leipzig, Salomonstraße 8, Fernsprecher Nr. 12789, Postscheckkonto Nr. 53430

Der öftere Walzenumguß ein überstandenes Übel
Das alte Leiden des Buchdruckers, die Walzenfrage, ist gehoben, wer den
„Klykokol"
gebraucht, hat immer gute Druckwalzen und leichtes Arbeiten. [113
Preis pro Kilo 30 Mk. ab Fabrik.
Probesendungen, für 2—3 Maschinen reichend, porto- und spesenfrei 12 Mk.
Chemische Fabrik für Buchdr.-Bedarfsartikel Karl Stich, Leipzig-Sellerhausen.

Tüchtiger Akzidenzsetzer

mit modernem Material vertraut und an flottes Arbeiten gewöhnt, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen unter Z. 134 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Für sofort oder später suchen wir einen erstklassigen [128
Vierfarbendrucker
welcher auch erste Kraft in Autotypie- und Katalogdruck sein muß.
J. C. F. Pickenhahn & Sohn, Chemnitz.

Tüchtiger
Akzidenzsetzer
mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, gesucht. [117
Angebote mit beglaubigten Arbeitsproben an
August Ludwig Stoß, Krimmitschau.

Durchaus tüchtiger, zuverlässiger
Linotypesetzer
mit mehrjähriger Praxis, guter Maschinenkenner, für Idealmaschine zum baldigen Antritt in dauernde Stellung gesucht. [116
Genossenschaftsbuchdruckerei Zeitz.

Tüchtiger
Akzidenzsetzer
neuzeitlicher Geschmacksrichtung, der nach eignen und gegebenen Entwürfen, besonders im modernen Anzeigensatze Gutes leistet, als Metteur einer erstklassigen Kunstzeitschrift gesucht. Bedingung: gründliche Beherrschung der deutschen Rechtschreibung. [120
Kurt Rother, Peine i. Hann.

Erster Akzidenzsetzer
gesucht. Zeugnisse und Einsendung selbstgefertigter Arbeiten erbeten. [129
Johs. Krögers Buchdruckerei, Blankenese.

Zwei tüchtige
Zeitungssetzer
sowie ein
Maschinenmeister
für alle vorkommenden Arbeiten nach kleiner Industriestadt Thüringens für sofort gesucht. Bei guter Leistung hohe Bezahlung. Offerten unter Nr. 123 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Erfahrener
Linotypesetzer
lediger (wohnungshalber) bevorzugt, dauernd gesucht. Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung erbittet [126
Hamelsche Buchdruckerei, Düren (Rhld.).

Für Wiesbaden
ein Rotations-Obermaschinenmeister
in dauernde Stellung gesucht. [127
Städtisches Arbeitsamt Wiesbaden.

Spezialkraft! Suche Kondition als
Korrektor oder Übersetzer
für russische und deutsche Literatur. Langjährige Praxis in Deutschland und Rußland. Reflektiert wird vorzugsweise auf arbeitergenossenschaftlichen Verlag oder Parteidruckerei. Antritt kann sofort erfolgen. [124
Hermann Braun,
Leipzig, Schützenstraße 9 III.

Wo ist einem Handsetzer Gelegenheit gegeben, das Arbeiten an der
Setzmaschine
möglichst Linotype, zu erlernen? Angebote unter Nr. 132 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

In welcher Druckerei
kann sich ein junger Kollege am
Typograph „U-B"
ausbilden? Westfalen bevorzugt. Gefl. Zuschriften unter Nr. 131 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger
Maschinenmeister
tüchtig in sämtlichen Druckarbeiten, sucht sofort Stellung.
Offerten unter K. H. 112 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Musikinstrumente

hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal i. S. 15.
Preisliste frei

Brandenburgischer Maschinensetzerverein Sitz Berlin
Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Parterresaale des „Berliner Klubhauses", Ohmstraße 2:
Versammlung der Vertrauensmänner und Druckereikassierer
Allseitiges Erscheinen — jede Offizin muß vertreten sein — erwartet
130] Der Vorstand.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [81
Bezner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Setzregale und Kästen
sowie Formregale, Stegregale, Waschtische, Walzen- und Farbenschränke, Satzbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager [82
Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Kaufmännische Organisation
der Buchdruckereien (Buchführung, Preisberechnung). Geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 50 Pf.

Zeilenmaß mit 6 Pintel. 1 M. franko C. Fritz, Frankfurt a. Friedberger Landstr. 113

Am 7. Januar schied nach längerem Lungenleiden unerwartet aus dem Leben der Drucker
Wilhelm Bierstedt
aus Aschersleben, im Alter von 47 Jahren; am 11. Januar verstarb an Blutvergiftung der Korrektor [122
Gustav Ohligschläger
aus Essen im Alter von 42 Jahren.
Ihr Andenken hält in Ehren
Bezirksverein Köln.

Am 9. Januar verschied infolge eines Gehirnschlags unser lieber Kollege, der Setzer [121
Hugo Rademacher
aus Barmen, im 58. Lebensjahre.
In seiner 31jährigen Mitgliedschaft hat er im Verbande stets regsame Anteilnahme gezeigt.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Elberfeld.

Am 9. Januar verstarb plötzlich der Oberfaktor, Herr
Otto Porath
im 61. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. [118
Das Personal der Buchdruckerei Otto v. Holten, Berlin.

In der Nacht zum 13. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege und Mitarbeiter [114
Paul Strauch
im Alter von 43 Jahren. Wie früher in der Berufsorganisation, hat er auch während seiner Tätigkeit im Dienste der Krankenkasse stets mit Hingabe und treuer Pflichterfüllung seine Aufgaben erfüllt. Obwohl seine Gesundheit wohl immer zu wünschen übrig ließ, mußte auch er in älteren Jahren noch Kriegsdienste leisten. Nach seiner Rückkehr im Frühjahre 1919 war er dem Siechtume verfallen, wovon ihn der Tod jetzt erlöst hat.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Berlin, 13. Januar 1921.
Der Vorstand und das Personal der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 2¼ Uhr, in Stahnsdorf, Südwestfriedhof, statt. Abfahrt: Alexanderplatz (Richtung Grunewald—Wannsee) 1,19, Ankunft in Stahnsdorf 2,19 Uhr.

Am 13. Januar verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege [125
Paul Strauch
im Alter von 44 Jahren.
Den Verstorbenen zeichnete die Eigenschaft seltener, rascher und treffender Auffassungsgabe aus, die ihn befähigte, längere Zeit in unserm Vorstande zu sein, welche Tätigkeit er mit der ihm eignen Regsamkeit und Gewissenhaftigkeit so ausübte, daß er vielen Kollegen ein Berater in technischer und organisatorischer Beziehung sein konnte.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!
Berlin, 13. Januar 1921.
Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

☞ Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61325

☞ Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoersparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnotgeld. Geschäftsstelle des „Korr.".

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzusenden.

Beilage zu Nr. 7 — Leipzig, den 18. Januar 1921

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Internationales Buchdruckersekretariat

Neubesetzung der Sekretärstelle

Infolge Hinscheidens des bisherigen Inhabers ist die Stelle des internationalen Buchdruckersekretärs neu zu besetzen. Wir schreiben dieselbe hiermit zur Bewerbung aus.

Das Internationale Buchdruckersekretariat hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

a) die Beziehungen unter den einzelnen Buchdruckerverbänden, soweit sie internationale Interessen betreffen, zu vermitteln;

b) eingehende Informationen über Verfassung, Leistungen, Unterstützungseinrichtungen, Vermögensbestand, Tarifverhältnisse, Lehrlingswesen usw. aller bestehenden Verbände einzuholen und fortlaufend Berichte darüber den Fachblättern bzw. Verbandsvorständen zugängig zu machen;

c) bei Regelung der Tarifverhältnisse in dem Gebiete der dem Internationalen Buchdruckersekretariat angehörigen Vereine mitzuwirken.

Im weiteren besteht die Aufgabe des Sekretariats darin, alle diese Fragen selbst zu erörtern und sie den Verbänden zur Behandlung zu unterstellen. Es soll ferner mindestens vierteljährlich über alle wichtigen Begebenheiten in den Verbänden Bericht erstatten. Auch gehört zu seiner Tätigkeit die Aufstellung von Vorschlägen auf Vereinheitlichung der Einrichtungen in den Verbänden, um möglichste Gleichartigkeit der bei Tarifbewegungen aufzustellenden Forderungen zu erlangen.

Zur Mitberatung der Geschäfte ist dem Sekretär eine Kommission beigegeben, welche zugleich die Kontrolle über dessen Tätigkeit ausübt.

Das Recht, sich um die Stelle zu bewerben, haben alle Mitglieder der dem Internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Verbände.

Bedingungen: Beherrschung der deutschen und französischen Sprache in Wort und Schrift. Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der organisatorischen und sozialen Einrichtungen im Buchdruckgewerbe im besondern.

Amtsantritt nach Übereinkunft. Anfangsgehalt 7500 Fr. nebst Bureauentschädigung, Reisespesen und Unfallversicherung.

Die Wahl geschieht auf Vorschlag der Sekretariatskommission durch die Vorstände der dem Sekretariat angehörenden Verbände.

Anmeldungen sind bis spätestens den 15. Februar an den Präsidenten der Sekretariatskommission J. Schlumpf in Bern, Monbijoustraße 33, zu richten.

Bern, den 8. Januar 1921.

Die Sekretariatskommission.

Gewerkschaftsrevue

Wer an der Jahreswende seinen Blick prüfend auf den durchschrittenen Zeitabschnitt richtete, der konnte unschwer erkennen, daß ein Jahr unvergleichlicher Hochspannung in Politik und Wirtschaft zu Ende gegangen ist. Dieser Zustand wird aller Voraussicht nach auch im Jahre 1921 anhalten und zu harten Kämpfen Anlaß geben. Dabei vermag niemand zu sagen, ob der tiefste Stand der Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens schon überschritten ist, ob das deutsche Volk als solches überhaupt Lebensmöglichkeit behalten wird. Der Sklavenvertrag von Versailles, dieses Dokument des Ententekapitalismus, lastet zu hart und schwer auf uns. Dazu kommt als weitere Erschwernis die Tatsache, daß das Denken und Handeln breiter Volksschichten in Deutschland infolge des unheilvollen Krieges und seiner Begleiterscheinungen von einer nie gekannten Nervosität und egoistischen Rücksichtslosigkeit und Brutalität erfüllt ist. Ein Schicksal, so unbeugsam und ernst, scheint über unser Deutschland heraufzuziehen, daß man unwillkürlich an das Wort Wilhelm Tells erinnert wird: Wann wird der Retter kommen diesem Lande?

Die mehr und mehr steigende Not und Entbehrung der Arbeiterklasse wird noch verschärft durch ein protziges Schieber- und Schlemmertum und eine beutegierige Profitsucht des Großkapitals, die ihren Ausdruck findet in steigender Dividendenwirtschaft, gepaart mit allerlei Verschleierungsmanövern in bilanz- und banktechnischer Hinsicht. All dies wird in Verbindung mit offensichtlichen Ungerechtigkeiten sonstiger Art den Klassenhaß leider weiter schüren, bis eines Tages die Flamme hoch auflodert im offenen Kampf aller gegen alle. Wie sich die Aussichten eines derartigen opferreichen Kampfes für die Arbeiterschaft gestalten werden, darüber besteht keinerlei Gewißheit und deshalb für uns als Gewerkschaftler, die wir nicht um des Kampfes willen kämpfen, auch keine Veranlassung, darüber Betrachtungen anzustellen. Wichtiger für uns ist die Frage, was geschehen muß, um das Leben in materieller, geistiger und seelischer Beziehung lebenswerter zu gestalten.

Die Voraussetzungen für die Erreichung dieses Zieles wurden in dem hinter uns liegenden Jahr innerhalb der Arbeiterbewegung jedenfalls nicht oder nur höchst unzureichend erfüllt. In ihrem „Das Jahr der Spaltung“ überschriebenen Jahresrückblicke bezeichnete die „Leipziger Volkszeitung“ das Jahr 1920 sehr zutreffend als ein schwarzes Jahr, als ein Jahr schweren Verbrechens an der Arbeiterbewegung in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes. Moskaus unheilvolles Werk hat im vorigen Jahre nicht nur in Deutschland die Front der revolutionären Arbeiterschaft zerrümmert. Sprengung der Arbeiterbewegung, Erstarkung der Reaktion, das waren die traurigen Merkmale des Jahres 1920. Die politische Zerrissenheit hat nicht bloß die Aktionskraft der Arbeiterklasse stark geschwächt, sondern sie hindert diese auch daran, das republikanische Haus zu auszubauen, wie es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig wäre. Georg Ledebour, der selbst nicht frei von Schuld und Fehle ist an der Zersplitterung der Arbeiterschaft, behandelte jüngst in einem Artikel des Unabhängigen Zeitungsdienstes „Gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit“ recht eindringlich und überzeugend die Frage, wie weit proletarische Einigung zur Zeit in Deutschland möglich ist. Nach einer Kennzeichnung der Schwächung, die das deutsche Proletariat durch die Zersplitterung, durch das Verbrechen Moskaus erfahren hat, sagt er u. a.:

> Was ist in dieser Situation die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie? Wir sind uns vollkommen bewußt, daß wir unter diesen bedauerlichen Verhältnissen mit den uns allein zur Verfügung stehenden Kräften ernstliche Aktionen zur Erschütterung oder gar zum Sturze der wiedererrichteten Zwingburgen des Kapitalismus nichts unternehmen können, ebensowenig wie die Rechtssozialisten oder die Kommunisten anderseits. Eine wirkungskräftige Machtbetätigung im proletarischen Klassenkampfe bedarf auch heutzutage, wenn nicht des gesamten Proletariats, so doch der überwiegenden Mehrheit seiner bereits mit Klassenbewußtsein erfüllten Teile.
>
> Erst das praktisch für große Aufgaben geeinte Proletariat kann sein Ziel erreichen, es darf aber selbst in den Teilkämpfen, die der Tag erzwingt, nicht der Zersplitterung verfallen, wenn es nicht schweren Niederlagen ausgesetzt werden soll. Aber warten mit den Aktionen, bis der Wiederzusammenschluß der proletarischen Bewegung auf programmatischer Grundlage erfolgt ist, wäre ganz unmöglich. Das hieße die Hände in den Schoß legen und der kapitalistischen Reaktion das Feld überlassen. Läßt sich das Proletariat noch nicht dauernd für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind organisieren, so muß wenigstens der Versuch gemacht werden, für Einzelaufgaben eine geschlossene Front zu bilden.

Ledebour betont dann, wie seine Partei die Pflicht zur Bildung einer Einheitsfront schon vordem erkannt und wiederholt bestätigt habe, so bei der Abwehr gegen den Kapp-Putsch, wie bei der Verhinderung der ententistischen Truppen- und Munitionstransporte durch Deutschland zur Bekämpfung der russischen Sowjetregierung. Die Zersplitterung des Proletariats habe damals die volle Auswirkung der — wie Ledebour hinzuzufügen vergaß — von den Gewerkschaften angestrebten Gesamtaktionen verhindert. Immerhin sei etwas erreicht worden, und die Vorgänge selbst öffneten den weiterblickenden Klassenkämpfern die Augen dafür, was hätte erreicht werden können, wenn das Proletariat geschlossen seine Macht für das gemeinsame Ziel eingesetzt hätte. In diesen Konstatierungen Ledebours liegt zugleich eine glänzende Rechtfertigung der Haltung des jüngst verstorbenen Karl Legien. Ihn, dessen Leben allezeit Kampf gewesen ist, hob ja die Welle des Kapp-Putsches im März des Vorjahrs zu gewaltiger Höhe empor. Er war, wie im Nekrolog des „Korrespondenzblattes“ gesagt wird, die Seele des Widerstandes gegen die Konterrevolution, der Leiter des Generalstreiks. Tag und Nacht tätig, sich keine Ruhe gönnend, immer voran, der Gefahren nicht achtend, vor allem bemüht, die Einheit der Kampffront gegen die Reaktion aufrechtzuerhalten. Als es dann gelungen war, die Kappisten unschädlich zu machen, da trat er als Führer der siegreichen Organisationen auf, um die Früchte des Kampfes zu sichern. In der denkwürdigen Nacht vom 19. zum 20. März setzte Legien die Anerkennung der neuen Gewerkschaftsforderungen durch, die den Organisationen einen maßgebenden Einfluß auf die Neuordnung der politischen Verhältnisse sichern sollten. Warum es nicht dazu kam, sagt uns Ledebour in seinem erwähnten Artikel. Die politische Zerklüftung der Arbeiterklasse verhinderte es und — wie wir noch hinzufügen möchten — die Weigerung der äußersten Linken, in die Regierung mitverantwortlich einzutreten. Hier hätte sie ihren Einfluß auf die Neugestaltung der innerpolitischen Verhältnisse zweifellos weit wirksamer und nachdrücklicher geltend machen können, als das einer außerhalb der Regierung stehenden Partei möglich ist. Statt dessen verhalf man einer bürgerlichen Regierung in den Sattel und stärkte dadurch die Position des Kapitalismus gewaltig. Hier liegt ein Stück historischer Schuld an dem schweren Verbrechen, das im Vorjahr an der Arbeiterbewegung verübt sein soll.

Wenn Ledebour jetzt verlangt, daß die Macht des Proletariats nach bestimmten Richtlinien eingesetzt wird, um die Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen im sozialistischen Sinne zu erzwingen, so ist dagegen auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte prinzipiell nichts einzuwenden. Insbesondere aber verdient unterstrichen zu werden, wenn Ledebour von der Sozialisierung des Wirtschaftslebens sagt, daß dieses erstrebenswerte Ziel nicht mit einem Schlage, sondern nur durch schrittweises Vorgehen zu erreichen ist. Das ist sicherlich ein bedeutsamer Fortschritt gegenüber der früher von radikaler Seite geforderten Vollsozialisierung der gesamten Wirtschaft. Die Zusammenfassung des Proletariats in der von Ledebour (und immer schon von gewerkschaftlicher Seite) geforderten Art wird sich bei der Sozialisierung des Kohlenbergbaues vielleicht schon sehr bald zu erproben haben. In bezug hierauf sagt Ledebour an einer andern Stelle seines Artikels:

> Wenn die Kommunisten der Sozialisierung des Kohlenbergbaues als ihre eigne Forderung die Erweiterung und Vervollkommnung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft entgegenstellen, so ist diese Kontrastierung völlig widersinnig. Indem man das eine tut, braucht man das andre nicht zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter, die jetzt gesetzlich gewährten Kontrollrechte in den Betrieben nach Möglichkeit ausnutzen und darüber hinaus suchen müssen, die Erweiterung dieser Rechte zu erzwingen. Wir sehen also der kommunistischen Parole „Betriebskontrolle an Stelle der Sozialisierung“ die umfassendere Parole „Betriebskontrolle und Sozialisierung“ entgegen. Beides ergänzt und bedingt sich gegenseitig. Im vollen Umfange kann ja keine dieser Forderungen verwirklicht werden, solange noch der Kapitalismus unsre Wirtschaftsordnung beherrscht. Aber wie alle Wege nach Rom, führen auch diese Wege das kämpfende Proletariat seinem Ziele, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, näher.

Wenn das radikalsozialistische Forderungen sind, dann haben sich die Gewerkschaften von jeher praktisch dafür eingesetzt. Aber es kommt schließlich nicht darauf an, ob gewisse Forderungen als radikal anzusehen sind, sondern vielmehr darauf, ob sie berechtigt sind. Das letztere aber ist der Fall, und deshalb besteht innerhalb der Gewerkschaftsbewegung volle Übereinstimmung darüber, daß der schrittweise Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens nur möglich ist auf Grund eines zu erkämpfenden Mitbestimmungsrechts in den Betrieben.

Um diesem Ziele näherzukommen, rangen die Gewerkschaften im vergangenen Jahr um das Betriebsrätegesetz. Gewiß ist dieses Gesetz unzulänglich, aber wenn es so schlecht und so arbeiterfeindlich wäre, wie es vielfach dargestellt wird, dann würde der Widerstand des Unternehmertums, der die tollsten Blüten treibt, ganz unbegreiflich sein. Aufgabe der Gewerkschaften und der Betriebsräte muß es bleiben, über den engen Rahmen des Gesetzes hinauszustreben und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einzustellen. Noch weit wichtigere Aufgabe der Gewerkschaften erblicken wir aber in der Schulung der Betriebsräte in allen Fragen, die für den Produktionsprozeß in Betracht kommen, und in einer gründlichen historischen und ökonomischen Schulung der Arbeiter. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung bleibt das Entscheidende für die bevorstehenden Kämpfe, sie bleibt aber auch entscheidend für das Wachsen der Erkenntnis, daß wir in Deutschland nach bolschewistischen Methoden, mit wilden Streiks und Putschen, nicht vorankommen. Der Arbeiter muß mit seiner Klasse steigen! Für die Gesamtheit einer Gewerkschaft ist absolut nichts gewonnen, wenn es einzelnen Mitgliederkreisen durch gesondertes Vorgehen gelingt, Lohnerhöhungen oder sonstige Vorteile im Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Das Errungene bleibt so lange gefährdet durch schlechtergestellte Arbeiter, durch Abwanderung von Aufträgen in Wirtschaftsgebiete mit billigeren Produktionsmöglichkeiten usw., als es nicht der Gesamtorganisation gelingt, unter einheitlicher Führung und Geschlossenheit für die Allgemeinheit bessere Existenzmöglichkeiten zu erkämpfen.

Die größten aller Dummheiten, die seither in der deutschen Arbeiterbewegung gemacht worden sind, würden noch übertroffen werden, wenn die Arbeiterschaft in der Verzweiflung über die herrschende wirtschaftliche Not unverantwortlichen Ratgebern folgen und alles Heil von Rußland erwarten würde. Rußland vermag heute und auf Jahre hinaus den deutschen Arbeitern rein gar nichts zu bieten, außer dem Anreiz zur Nachäffung seiner auf Gewalt und Terror beruhenden Taktik. Würden sich die deutschen Arbeiter diese Taktik zu eigen machen, dann wäre der Bürgerkrieg unausbleiblich und unser Elend würde damit noch eine Steigerung erfahren. Der Vizepräsident des russischen Obersten Rates für Volkswirtschaft Lomow versuchte in einer Besprechung mit ausländischen Journalisten die von der Sowjetregierung betriebene Anlockung ausländischer Kapitalisten durch Einräumung wirtschaftlicher Konzessionen zu beschönigen, indem er betonte: „Hätten

wir keinen Bürgerkrieg, so genügten unsre eignen Kräfte, um unsre Wirtschaft wieder hochzubringen." Im Interesse der Arbeiterbewegung scheint es uns verdienstlicher zu sein, dem Ausbruch eines Bürgerkriegs, auf dessen Niederschlagung die gesamte Reaktion dressiert ist und förmlich lauert, mit allen Kräften entgegenzuwirken, als die Arbeiter aufzufordern, den Bürgerkrieg vorzubereiten. Die Spuren von Ungarn sollten schrecken. Um zu noch erbärmlicheren Zuständen zu gelangen, als sie ohnehin schon sind, hat die deutsche Arbeiterschaft sich nicht gewerkschaftlich zusammengeschlossen, hat sie nicht seit Jahrzehnten an der Vervollkommnung ihrer besten Waffe im Wirtschaftskampf aufs zäheste gearbeitet.

Von einer ernsthaft in Angriff zu nehmenden historischen und ökonomischen Schulung und Aufklärung unsrer Arbeiterschaft versprechen wir uns weit mehr Überzeugungskraft als von parteipolitischer Überredungskunst. Mit einem Mitgliederstande von 8 Millionen scheint für die freien Gewerkschaften eine Art Beharrungszustand eingetreten zu sein, vorausgesetzt, daß sie auf die Dauer von solch unheilvollen Spaltungen verschont bleiben, wie sie die politische Arbeiterbewegung in allen Ländern zu verzeichnen hat. Wir haben immer schon betont, daß sich die Stärke der Gewerkschaften nicht in der Höhe ihrer Mitgliederzahl erschöpft, sondern daß diese Stärke auf der inneren Festigung und Einigung beruht, auf der Disziplin und Kampfesfreudigkeit der Mitglieder. Um in dieser Beziehung den höchsten Stärkegrad zu erreichen, bedarf es keiner größeren Zahl, sondern einer durchgreifenden Schulung. Darin muß nicht nur von jeder einzelnen Gewerkschaft mehr als bisher getan werden, sondern auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß und wird dieser zeitgemäßen Aufgabe seine volle Aufmerksamkeit zuwenden. Ein vereinzelter Vortrag in einer Versammlung, dieser oder jener Artikel im Verbandsorgan kann das schwere Werk allein nicht meistern. Der gute Wille jedes einzelnen Mitgliedes, die ehrliche Absicht, zur Wahrheit durchzudringen, das Ringen nach Läuterung und Festigung der Gesinnung sind dazu ebenso erforderlich wie die unermüdliche Beschäftigung mit den Problemen und Streitfragen des Wirtschaftslebens, das Lesen, Untersuchen und Beurteilen.

Um mehr volkswirtschaftliche Kenntnisse in die Massen zu tragen, ist man von gewerkschaftlicher Seite in zahlreichen Städten zur Einrichtung von Kursen und Schulen übergegangen. Diese unterscheiden sich von dem bisherigen Bildungswesen der Parteischulen dadurch, daß sie den Besuchern in erster Linie positives sozialistisches Können — nicht bloß rein kritisches Wissen — zu vermitteln suchen, entsprechend den Aufgaben, die die Betriebsräte im Produktionsprozeß zu erfüllen haben. Die bedeutungsvollste sämtlicher Wirtschaftsschulen dürfte aller Voraussicht nach die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. werden, deren Errichtung für dieses Frühjahr geplant ist. Im Auftrag einer vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingesetzten Studienkommission berichtete Robert Dißmann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, in der letzten Ausschußsitzung des Gewerkschaftsbundes über die geplante Hochschule für Arbeiter und machte bestimmte Vorschläge zu ihrer Beschickung durch Gewerkschaftler. In einer Resolution sprach der Bundesausschuß sein grundsätzliches Wohlwollen zur Gründung einer Akademie der Arbeit aus und ermächtigte die Kommission, sich an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen. Inzwischen werden die einzelnen Verbände zu der Beteiligung an der Akademie und zu ihrer finanziellen Durchführung Stellung zu nehmen haben. Näheres über die Ziele und Zwecke des neuen Bildungsinstituts für Arbeiter wird noch bei seiner Eröffnung zu sagen sein. In wachsendem Maße durchdringt die arbeitende Klasse die Einsicht, daß es nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch geistiger Waffen bedarf, um ihren weiteren Aufstieg zu sichern und die bisher erkämpften Positionen in Staat und Wirtschaft zu behaupten.

In der bereits erwähnten Ausschußsitzung des Gewerkschaftsbundes wurde bei der Beratung der nächsten Aufgaben der Gewerkschaften allseitig der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiterkommen und daß die Verhältnisse zu einer Erweiterung des gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebiets drängen. Diese sei um so notwendiger, als den politischen Parteien durch die bedauernswerten Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und daß nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wieder herzustellen. In der Tat könnte durch die Rückkehr zu kühlem und folgerichtigem Denken, wie es der deutschen Gewerkschaftsbewegung stets eigen war, ein heilsamer Einfluß auf den grimmigen Bruderstreit in den politischen Arbeiterparteien ausgeübt werden. Zur Beilegung dieses Streites ist es leider zu spät. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe folgend, werden die Gewerkschaften in Zukunft auch auf politischem Gebiete resolut die Führung übernehmen müssen, wie es im Vorjahre bereits verschiedentlich der Fall war. Daß es der Gesamtbewegung dabei nicht an einer geistigen Führung fehlen möge von der Qualität des verstorbenen Karl Legien, das ist unser vornehmster Wunsch für das Jahr 1921, das für Deutschland ein Schicksalsjahr zu werden droht.

Verschiedene Eingänge

„Jungbuchdrucker." Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckgewerbe. Herausgegeben vom Bildungsverbande der Deutschen Buchdrucker. Nr. 1. Januar 1921. Der „Jungbuchdrucker" erscheint jeden Monat; Bezug kann mit jedem Vierteljahr beginnen. Der Postbezugspreis beträgt für das Vierteljahr 2 Mk. Einzelheft 1 Mk. Alle Zuschriften für Verlag und Redaktion sind an die Geschäftsstelle in Leipzig, Salomonstraße 8 (Mittelgebäude) zu senden.

„Schweizer Graphische Mitteilungen." Monatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. 38. Jahrgang. Heft 12 (Dezember 1920). Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Diese Fachzeitschrift erscheint monatlich einmal zum Bezugspreise von 18 Mk. für Deutschland, unter Kuvert mit Schutzkarton 20 Mk.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Neunundsechzigster Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen
vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

II. Kreis. Bitburg: Görtzen, Willi, & Manz, Hugo. — Düsseldorf: Vogel, Hans. — Duisburg-Beeck: Schmitz, Wilh. — Koblenz: Mittelrheinische Kunst- und Handelsdruckerei, G. m. b. H. — Krefeld-Bockum: Theissen, Peter. — Leichlingen b. Köln: Billetfabrik Monopol. — Süchteln: Küppers, L. & O., G. m. b. H.

III. Kreis. Kassel: Marlinsdruckerei (Gustav Grabfelder, Anton Klute). — Eltville: Wolf, Sebastian. — Wehlar: Klose, Karl.

IV. Kreis. Lahr i. B.: Verlag für Volkskunst und Volksbildung Richard Keutel. — Neuenburg (Württbg.): Heinzelmann, Friedrich. — Ravensburg: Unold, Heinrich.

V. Kreis. Memmingen: Hofmann, Adolf. — Nürnberg: Kuch, H., & Lechner, J. (Jean Lechner). — Weihenborn: Marcis, Karl („Weihenborner Volkszeitung"). — Würzburg: Buchdruckerei Karl Roll & Ko.

VI. Kreis. Ermsleben a. H.: Bastian, Ad.

VII. Kreis. Chemnitz: Leonhardt, Fritz. — Geyer: Schierig, Richard. — Leipzig: Helm & Pries (Adolf Helm, Richard Pries); Marggraf, Karl; Müller, C., & Auster. — Weißer Hirsch: Seidel, Reinhard. — Zwickau: Helzle, Marie.

VIII. Kreis. Berlin: Gebrüder Künstler, Berliner Buchdruckerei, G. m. b. H.; Grohmann, Eduard; Günther Wildem: Krause, Max. — Schöneberg: Brandenburgische Buchdruckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H.

X. Kreis. Kiel: Lehmann & Ko., Druckerei- und Verlagsgesellschaft. — Timmendorfer Strand (Ostsee): Kirchner, R. M. Konrad.

XI. Kreis. Kirchdain (N.-L.): Jahn & Baendel (Gotthold Jahn und Hermann Baendel).

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

II. Kreis. Buchdruckerei Franz Massing in Zülpich (Rhld.).

V. Kreis. Buchdruckerei Daniel Reichert (Verlag des „Kirchenlamitzer Anzeiger") in Kirchenlamitz. — J. B. Bauners Buchdruckerei (Inh. Ludwig Bauner) in Mellrichstadt. — Buchdruckerei von Max Nöller („Rhön- & Saalpost") in Neustadt (fränk. Saale).

VII. Kreis. Buchdruckerei Karl Thieme in Leipzig. — Buchdruckerei F. H. Rüchbrodt in Leipzig-Gohlis.

VIII. Kreis. Buchdruckerei Wilhelm Greve in Berlin.

IX. Kreis. Buchdruckerei Karl Hesral in Oberglogau.

Berlin, 15. Dezember 1920.

J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. September 1920

Einnahmen — **Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate April, Mai, Juni 1920** — **Ausgaben**

Einnahmen	ℳ	₰	Ausgaben	ℳ	₰
An Saldovortrag vom 30. Juni 1920	13235359	76	Per Unterstützungen in den Gauen im 2. Quartal 1920, Verwaltung usw.	1869572	01
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 2. Quartal 1920, Zinsen usw.	2994278	08	„ Saldovortrag für 1. Oktober 1920	14360065	83
Summa	16229637	84	Summa	16229637	84

Der Saldo von 14360065,83 Mk. setzt sich zusammen aus 11439068,19 Mk. in Wertpapieren, deren Ankaufswert 11356663,44 Mk. beträgt, 2578707,49 Mk. in bar, 142290,15 Mk. Vorschuß in den Gauen und 200000 Mk. Vorschuß des „Korrespondent".

Berlin, den 15. Dezember 1920.

B. Schweinitz, Kassierer.

Vorstehender Kassenabschluß wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 22. Dezember 1920.

Erich Henninger, Bücherrevisor.

Vorstehender Kassenabschluß ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand von 2625234,39 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 19. Dezember 1920.

Die Revisionskommission:
Max Ehling. J. V.: G. Pölsch. Paul Grumbach.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im zweiten Quartal 1920

1. Die Unterstützung laut § 21 der Bestimmungen über die Unterstützungen erhielten: im Gau Bayern 14, Berlin 182, Dresden 4, Frankfurt-Hessen 8, Hamburg-Altona 2, Hannover 42, Mecklenburg-Lübeck 1, Mittelrhein 222, Oder 193, Ostpreußen 6, Posen 1, An der Saale 442, Schlesien 2, Schleswig-Holstein 76, Thüringen 5, Westpreußen 12; zusammen 1206 Mitglieder.

2. Umzugskosten: Eine Beihilfe zu den Kosten ihres Umzugs erhielten im Gau Bayern 10, Berlin 10, Dresden 3, Erzgebirge-Vogtland 5, Frankfurt-Hessen 2, Hamburg-Altona 1, Hannover 7, Leipzig 5, Mittelrhein 6, Nordwest 3, Oberrhein 6, Oder 7, Ostpreußen 5, Rheinland-Westfalen 18, An der Saale 10, Schlesien 8, Schleswig-Holstein 5, Thüringen 8, Westpreußen 4, Württemberg 4; zusammen 127 Mitglieder.

3. Ordnungsstrafen: Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden im Gau Bayern 1, Berlin 18, Erzgebirge-Vogtland 1, Hannover 1, Leipzig 1, Oder 1, insgesamt 23 Mitglieder mit Ordnungsstrafen belegt.

4. Rechtsschutz erhielt je ein Mitglied im Gau Nordwest und im Gau Oberrhein bewilligt.

5. Invalidenunterstützung: Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 6. Oktober 1913 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 64jährige Setzer Oskar Teichmann aus Leipzig (Altersbeschwerden, Folgen einer Gallensteinoperation und Augenschwäche), 2. der 56jährige Setzer Georg Weinmeier aus Wunsiedel (Rückenmarkslähmung); im Gau Berlin: 3. der 55jährige Setzer Robert Reinke aus Berlin (Magen- und Leberleiden), 4. der 58jährige Drucker Karl Krause aus Winzig (Erblindung); 5. der 70jährige Setzer Otto Matteischeck aus Bromberg (Unterschenkelgeschwür und Gefäßverkalkung), 6. der 45jährige Setzer Alexander Meermann aus Senftz (Nerven- und Sehnenverletzung am rechten Oberarm), 7. der 60jährige Setzer Hermann Quitt aus Ols (Lungenleiden); im Gau Dresden: 8. der 29jährige Setzer Georg Pappler aus Nürnberg (Lungenleiden); im Gau Erzgebirge-Vogtland: 9. der 74jährige Drucker Friedrich Hänel aus Rittersgrün (Arterienverkalkung und Altersentkräftung); im Gau Frankfurt-Hessen: 10. der 66jährige Setzer Hermann Elle aus Meerane (chronische Gelenkentzündung), 11. der 35jährige Setzer Georg Schmitt aus Frankfurt a. M. (Lungen- und Kehlkopftuberkulose); im Gau Hamburg-Altona: 12. der 33jährige Setzer August Prosch aus Grevesmühlen (Lungentuberkulose), 13. der 45jährige Setzer Ferdinand Krup aus Hamburg (Hoden- und Lungentuberkulose); im Gau Hannover: 14. der 63jährige Setzer Hermann Behrens aus Northeim (Alterserscheinungen und Körperschwäche); im Gau Leipzig: 15. der 58jährige Setzer Gustav Hennau aus Leipzig-Plagwitz (Gehirnerweichung), 16. der 76jährige Drucker Bernhard Zschötzige aus Leipzig (Schultergelenkversteifung, Arterienverkalkung); im Gau Mittelrhein: 17. der 62jährige Setzer Georg Frühinger aus Steigenberg (Herzleiden und Krampfadern), 18. der 62jährige Setzer Karl Kratz aus Sonnenberg (Lungenleiden); im Gau Rheinland-Westfalen: 19. der 29jährige Setzer Heinrich von der Weiden aus Köln (Lungenleiden), 20. der 61jährige Setzer Gerhard Mauritz aus Krefeld (Nervenleiden), 21. der 61jährige Drucker August Braunsdorf aus Düsseldorf (doppelseitiger Leistenbruch, Nierenleiden), 22. der 51jährige Drucker Karl Degen aus Schwarzdamm in Westpreußen (chronisches Nervenleiden); im Gau An der Saale: 23. der 54jährige Drucker Walter Herzog aus Gera (Arterienverkalkung), 24. der 57jährige Setzer Christian Ohls aus Tating (Schleswig) (Lungentuberkulose); im Gau Schlesien: 25. der 67jährige Setzer Max Pechthold aus Breslau (Herzleiden); im Gau Thüringen: 26. der 57jährige Drucker Oswald Gruhle aus Meerane (grüner Star auf beiden Augen), 27. der 70jährige Setzer Heinrich Neunes aus Erfurt (Nerven- und Altersschwäche); im Gau Württemberg: 28. der 57jährige Setzer Christian Rull aus Lustnau (chronischer Lungenkatarrh und chronischer Rheumatismus), 29. der 57jährige Setzer Christian Staiger aus Eßlingen (Nervenleiden), 30. der 58jährige Setzer Friedrich Lempp aus Heubach (Kniegelenktuberkulose), 31. der 61jährige Setzer Gustav Guhl aus Stuttgart (Krampfadernentzündung und Nervenschwäche), 32. der 65jährige Drucker Heinrich Neff aus Eschenau (Epilepsie und Arteriosklerose), 33. der 69jährige Drucker Georg Lober aus Erlangen (Altersbeschwerden).

Invalidenstand: Übernommen vom 1. Quartal 1920 1082, neu hinzugekommen 33, wieder in Bezug getreten 1, zusammen 1116; hiervon Abgang 38 (gestorben 28, außer Bezug getreten 10), bleibt Invalidenstand 1078.

6. Verwaltung: Versandt wurden zwei Rundschreiben an die Gauvorstände und Gehilfenvertreter und ein Rundschreiben an die Gau-, Bezirks- und Ortskassierer.

7. Geschäftsverkehr in den Monaten April bis Juni 1920: 2081 eingegangene und 1321 abgegangene Postsendungen.